Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
pd@sk.so.ch
parlament.so.ch

K 0208/2024 (DDI)

Kleine Anfrage André Wyss (EVP, Rohr): Zwangsheirat (05.11.2024)

Eine Zwangsheirat ist eine schwerwiegende Verletzung des Selbstbestimmungsrechts. Deshalb verbietet Art. 181a des Strafgesetzbuches die Zwangsheirat explizit und droht bei Verletzung der Bestimmung eine Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder eine entsprechende Geldstrafe an. Trotzdem werden regelmässig in der Schweiz wohnhafte Mädchen und junge Frauen – in Einzelfällen auch junge Männer – im Ausland gegen ihren Willen verheiratet.

Gemäss einem Artikel im Oltner Tagblatt vom 4. August 2024¹ melden sich während den Sommerferien bis zu 15 Personen pro Woche bei der schweizerischen Fachstelle Zwangsheirat, weil ihre Familienangehörigen sie im Herkunftsland zwangsverheiraten wollen. Oft haben sie dort niemanden, an den sie sich wenden können, da es der sozialen Norm entspricht, kein Selbstbestimmungsrecht bei der Frage der Eheschliessung zu haben. Die Betroffenen sind oftmals in der Schweiz geboren oder aufgewachsen.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- 1.1 Wie viele Meldungen betreffend Zwangsheirat gingen in den letzten zehn Jahren (2015 bis heute) im Kanton Solothurn bei kantonalen Stellen ein? Zeichnet sich eine Tendenz ab?
- 1.2 Wie viele solcher geschlossener Ehen wurden im gleichen Zeitraum durch das Zivilstandsamt aufgelöst?
- 1.3 Wie viele strafrechtliche Verurteilungen von Beschuldigten wegen Zwangsheirat (Art. 181a StGB) gab es in diesem Zeitraum? Welche strafrechtlichen und ausländerrechtlichen Konsequenzen wurden gegen die Beschuldigten verfügt?
2. Gibt es Schätzungen zur Dunkelziffer von Zwangsheirat von im Kanton Solothurn lebenden Personen?
3. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass aktuell genügend getan wird, damit die betroffenen Personen und Stellen (z.B. Schüler und Schülerinnen auf der Sekundarstufe, Eltern, Asylzentren, Moscheen, Migrationsamt, Beratungsstellen, Zivilstandesämter und Integrationsbeauftragte bei den Gemeinden) für das Thema Zwangsheirat sensibilisiert sind?
4. Ist der Regierungsrat der Ansicht, dass aktuell genügend getan wird, um Zwangsheirat möglichst zu verhindern und um den betroffenen Personen zu helfen? Falls nein, welche zusätzlichen Massnahmen/Möglichkeiten sieht der Regierungsrat? Im erwähnten Bericht wird beispielsweise die Fachstelle Zwangsheirat dahingehend zitiert, dass eine strengere Kontrolle von Moscheen und Tempeln stattfinden müsste. Teilt der Regierungsrat diese Ansicht?
5. Wie steht der Regierungsrat zu einem möglichen Sensibilisierungsauftrag an Drittorganisationen (namentlich an den «Runden Tisch der Religionen», den «Islamischen Kantonalverband Solothurn», den «Dachverband Kinder- und Jugendliche» und/oder ähnliche Organisationen)?

Begründung 05.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

¹ <https://www.oltnertagblatt.ch/schweiz/zwangsheirat-in-den-ferien-gegen-den-eigenen-willen-verheiratet-diese-juristin-beraet-taeglich-verzweifelte-maedchen-und-junge-frauen-Id.2651632>

Unterschriften: 1. André Wyss (1)